

Hansestadt Osterburg (Altmark)



TYP: Beschlussvorlage
Status: öffentlich
Nummer: III/2020/186

Datum: 10.11.2020
Aktenzeichen:
Einreicher: Bürgermeister
Federführendes Amt: Bürgermeister

| Gremium | Termin | Genehmigung | Stimmverh. | J | N | E |
|-----------------|------------|-------------|------------|---|---|---|
| Kulturausschuss | 26.11.2020 | | | | | |
| Hauptausschuss | 01.12.2020 | | | | | |
| Stadtrat | 08.12.2020 | | | | | |

Betreff

„Mach mit, mach´s besser! – Stärkung der Bürgerbeteiligung,„

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) unterstützt die Absicht des Projekts „Mach mit, mach´s besser! – Stärkung der Bürgerbeteiligung“. Der Bürgermeister wird mit der Umsetzung folgender Maßnahmen beauftragt:

- Überarbeitung der Homepage, um diese nutzerfreundlicher zu gestalten,
- Aktivere Online-Berichterstattung,
- Liveübertragung der Stadtratssitzungen,
- Einführung eines Mitmach-Tools, wie „Sag´s uns einfach“ und einer Benachrichtigungs-App, wie PPush,
- Verstärkte Einbindung der Bürger durch Arbeitsgemeinschaften (AGs),
- Bessere Einbindung sachkundiger Einwohner in die Gremienarbeit,
- Aufbau eines Jugendparlaments i. V. m. einem Streetworker.

Hierzu sind ggf. Fördermittel zu beantragen.

.....
Bürgermeister

Problembeschreibung/Begründung/Rechtsgrundlage:

Bisherige Maßnahmen und Handlungsansätze für mehr Bürgerbeteiligungen sind die Einwohnerversammlungen, die Facebook-Seite, die Einwohnerfragestunde bei den Stadtratssitzungen, Servicezeiten, das Projekt „LandVersorgt“ und das Quartiersmanagement.

In der Zeit vom 01.09.2017 bis 31.12.2019 lief das Modell-Projekt „Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“ mit dem Ziel Kommunen bei der Bewältigung von Veränderungsprozessen zu unterstützen. Dabei entstand eine systematische Situations- und Konfliktanalyse. Auf dieser Basis entwickelten sich

Handlungsoptionen mit verschiedenen Personengruppen.

In der Zeit vom 25.02.-30.06.2020 wurde das Projekt „Integration und Teilhabe durch Kommunale Konfliktberatung“ durchgeführt mit dem Ziel der Weiterentwicklung von Handlungsoptionen und Reflexion über Umsetzbarkeit. Es konnten drei Themenbereiche identifiziert werden: Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in den Ortschaften (1), die Zusammenarbeit zwischen Ortschaften und Einrichtungen der Einheitsgemeinde (2) und das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger*innen und Politik und Verwaltung (3). Zu jedem Themenbereich gibt es folgende Ideen und Handlungsoptionen:

1 Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in den Ortschaften

1.1 Stärkere Nutzung von Online-Berichterstattung, um die Einwohner*innen auf den Dörfern kontinuierlich über die Geschehnisse im administrativen und politischen Zentrum Osterburg zu informieren

1.2 Weitere Projekte zur Daseinsvorsorge und Kultur in den Dörfern durchführen und unterstützen (z.B. „LandVersorgt“)

2 Die Zusammenarbeit zwischen Ortschaften und Einrichtungen der Einheitsgemeinde

2.1 Aufnahme von Beschwerden oder Bürger*innen-Anfragen über Einführung eines Online-Tools wie „Sag’s uns einfach“. Damit könnten Bürger*innen Mängel, die sie in der Einheitsgemeinde entdecken, schnell und einfach an die Verwaltung übermitteln

2.2 Verwaltungsprozesse (Anträge) auf der Homepage der Stadt ansprechender und leichter verständlich darstellen: Dafür können Info-Grafiken oder Erklär-Videos genutzt werden

2.3 Auch bietet die Darstellung der kommunalen Satzungen im Internet Verbesserungspotential. Hiermit könnten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in der kommunalen Verwaltung der Einheitsgemeinde transparenter gemacht werden

3 Das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger*innen und Politik und Verwaltung

3.1 Verstärkte Online-Berichterstattung und Nutzung Sozialer Medien

3.1.1 Einführung von Benachrichtigungs-Apps wie PPush, um über regionale Neuigkeiten und Veranstaltungsankündigungen schnell und direkt zu informieren.

3.1.2 Online-Übertragungen der Stadtratssitzungen, um dem Eindruck entgegenzuwirken, dass Politik hinter verschlossenen Türen passiert und undurchsichtig für die Bürger*innen erscheint.

3.2 Ideen für die Förderung von Teilhabe an kommunalen Entscheidungsprozessen

3.2.1 Sachkundige Einwohner*innen nach ihren Kompetenzen einbeziehen und das Verfahren zu ihrer Bestimmung überdenken: Hier ließe sich darüber nachdenken, einen Dialogprozess mit dem Stadtrat zu eröffnen, in dem die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Verfahren beleuchtet werden (z.B. ein Losverfahren).

3.2.2 Arbeitsgruppen (AGs) zu Themen von öffentlichem Interesse: In Osterburg gab es in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Bürger*innen und Fachleuten aus der Bevölkerung (Hallenbad und ISEK).

3.2.3 Aufbau eines Jugendbeirats: Um die Perspektiven der jungen Generation in kommunale Entscheidungsprozesse einzubinden, in Verbindung mit einem Streetworker.

Empfehlung der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Anlagen:

Abschlusspapier des VFB Salzwedel e.V.

Finanzielle Auswirkung:

Unterschrift Amtsleiter

Mitzeichnung Kämmerer